

Hundesteuersatzung der Stadt Marl ab dem Jahr 2014 vom 18.12.2013

in der Fassung der Bekanntmachung des Amtlichen Bekanntmachungsblatt –Amtsblatt- der Stadt Marl (Nr. 26) vom 20.12.2013

mit den Änderungen

durch Änderungssatzung zur Hundesteuersatzung der Stadt Marl ab dem Jahr 2014 vom 18.12.2013 (Amtliches Bekanntmachungsblatt -Amtsblatt- der Stadt Marl (Nr. 25/2015 vom 22.12.2015)

durch 2. Änderungssatzung zur Hundesteuersatzung der Stadt Marl ab dem Jahr 2014 vom 18.12.2013 (Amtliches Bekanntmachungsblatt -Amtsblatt- der Stadt Marl (Nr. 13/2021 vom 28.07.2021)

Aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S.666) zuletzt geändert durch Gesetz vom 01.10.2013 (GV NRW S. 564 und der §§ 3 und 20 Abs. 2 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21.10.1969 (GV NW S.712) zuletzt geändert durch Gesetz vom 13.12.2011 (GV NRW S. 687), hat der Rat der Stadt Marl in seiner Sitzung am 12.12.2013 folgende Hundesteuersatzung beschlossen:

Inhaltsverzeichnis

- § 1 Steuergegenstand und Steuerpflicht
- § 2 Steuermaßstab und Steuersatz
- § 3 Steuerfreiheit
- § 4 Steuerbefreiung
- § 5 Steuerermäßigung
- § 6 Allg. Voraussetzungen für Steuerbefreiung und Steuerermäßigung
- § 7 Beginn und Ende der Steuerpflicht
- § 8 Festsetzung und Fälligkeit der Steuer
- § 9 Sicherung und Überwachung der Steuer

§ 1

Steuergegenstand und Steuerpflicht

(1) Gegenstand der Steuer ist das Halten von Hunden durch natürliche Personen zu nicht gewerblichen Zwecken im Stadtgebiet.

(2) Steuerpflichtig ist die Hundehalterin oder der Hundehalter. Hundehalterin oder Hundehalter ist, wer einen Hund im eigenen Interesse oder im Interesse seiner Haushaltsangehörigen aufgenommen hat. Alle in einen Haushalt aufgenommenen Hunde gelten als von ihren Haltern gemeinsam gehalten. Ein zugelaufener Hund gilt als aufgenommen, wenn er nicht innerhalb von zwei Wochen beim Ordnungsamt der Stadt Marl als Fundsache gemeldet und beim Tierheim bzw. beim Eigentümer abgegeben wird.

(3) Als Hundehalterin oder Hundehalter gilt auch, wer einen Hund in Pflege oder Verwahrung genommen hat oder auf Probe oder zum Anlernen hält, wenn er nicht nachweisen kann, dass der Hund in einer Gemeinde der Bundesrepublik bereits versteuert wird oder von der Steuer befreit ist. Die Steuerpflicht tritt in jedem Fall ein, wenn die Pflege, Verwahrung oder die Haltung auf Probe oder zum Anlernen den Zeitraum von zwei Monaten überschreitet.

§ 2 Steuermaßstab und Steuersatz

(1) Die Steuer beträgt jährlich, wenn von einer Hundehalterin oder einem Hundehalter oder mehreren Personen

a) nur 1 Hund gehalten wird	109,80 €
b) 2 Hunde gehalten werden je Hund	124,80 €
c) 3 und mehr Hunde gehalten werden je Hund	140,40 €

(2) Hunde, für die Steuerfreiheit nach § 3 besteht oder für die Steuerbefreiung nach § 4 gewährt wird, werden bei der Berechnung der Anzahl der Hunde nicht berücksichtigt. Hunde, für die Steuerermäßigung nach § 5 gewährt wird, werden mitgezählt.

§ 3 Steuerfreiheit

Steuerfrei sind Hunde von Personen, die sich nicht länger als zwei Monate in der Stadt aufhalten, für diejenigen Hunde, die sie bei ihrer Ankunft besitzen, wenn sie nachweisen können, dass die Hunde in einer anderen Gemeinde der Bundesrepublik versteuert werden oder von der Steuer befreit sind.

§ 4 Steuerbefreiung

Steuerbefreiung wird auf Antrag gewährt für

a) Diensthunde von Polizei- und Zollbeamten sowie von Dienstkräften der Ordnungsbehörden, wenn die Unterhaltungskosten im Wesentlichen aus öffentlichen Mitteln bestritten werden.

b) Hunde, die ausschließlich dem Schutz oder der Hilfe blinder, tauber oder sonst hilfloser Personen dienen. Sonst hilflose Personen sind solche Personen, die einen Schwerbehindertenausweis mit den Merkmalen "B", "Bl", "aG" oder "H" besitzen. Die Eignung ist durch Vorlage des Ausbildungsnachweises bzw. Prüfungszeugnisses nachzuweisen. Die Steuerbefreiung wird nur für einen Hund gewährt.

c) Hunde, die als Melde-, Sanitäts- und Rettungshunde verwendet werden und die dafür vorgesehene Prüfung vor den Leistungsprüfern eines anerkannten Vereins oder Verbandes mit Erfolg abgelegt haben. Die Ablegung der Prüfung ist durch Vorlegen eines Prüfungszeugnisses nachzuweisen. Die entsprechende Verwendung des Hundes ist in geeigneter Weise glaubhaft zu machen.

Die Steuerbefreiung wird ab dem 01. des Monats, der auf die Antragstellung folgt, für ein Jahr gewährt und wird auf Antrag jeweils um ein Jahr verlängert. Ein Nachweis über die weitere Verwendung als Rettungshund ist dem Wiederholungsantrag beizufügen.

d) Hunde, die von ihrem Halter nachweislich aus dem Marler Tierheim übernommen worden sind. Die Steuerbefreiung wird auf ein Jahr befristet und beginnt mit dem Ersten des Monats der Übernahme des Hundes.

e) Hunde, die nach der alten Fassung der Hundesteuersatzung vor Inkrafttreten dieser Satzung steuerbefreit waren, sind weiterhin steuerbefreit, solange die Voraussetzungen nach der alten Fassung vorliegen

§ 5 Steuerermäßigung

(1) Für Hunde, die von Empfängern von Grundsicherung oder Arbeitslosengeld-II Leistungen und von solchen Personen, die diesen einkommensmäßig gleichstehen, bereits vor Eintritt der Hilfebedürftigkeit gehalten werden, ist die Steuer auf Antrag auf die Hälfte des Steuersatzes nach § 2 zu ermäßigen, jedoch nur für einen Hund.

(2) Hunde, für die die Steuer nach der alten Fassung der Hundesteuersatzung vor Inkrafttreten dieser Satzung ermäßigt war, sind weiterhin steuerermäßigt, solange die Voraussetzungen nach der alten Fassung vorliegen.

§ 6 Allgemeine Voraussetzungen für Steuerbefreiung und Steuerermäßigung

(1) Steuervergünstigung wird nur gewährt, wenn der Hund, für den Steuervergünstigung in Anspruch genommen wird, für den angegebenen Verwendungszweck hinlänglich geeignet ist.

(2) Der Antrag auf Steuervergünstigung ist innerhalb von zwei Wochen nach Aufnahme des Hundes, bei versteuerten Hunden mindestens zwei Wochen vor Beginn des Monats, in dem die Steuervergünstigung wirksam werden soll, schriftlich bei der Stadt zu stellen. Bei verspätetem Antrag wird die Steuer für den nach Eingang des Antrages beginnenden Kalendermonat auch dann nach den Steuersätzen des § 2 erhoben, wenn die Voraussetzungen für die beantragten Steuervergünstigungen vorliegen. Wird die rechtzeitig beantragte Steuervergünstigung für einen neu angeschafften Hund abgelehnt, so wird die Steuer nicht erhoben, wenn der Hund binnen zwei Wochen nach Bekanntgabe des ablehnenden Bescheides wieder abgeschafft wird.

(3) Über die Steuervergünstigung wird eine Bescheinigung ausgestellt. Die Steuervergünstigung gilt nur für die Halterin oder den Halter, für die sie beantragt und bewilligt worden ist.

(4) Fallen die Voraussetzungen für eine Steuervergünstigung weg, so ist dies innerhalb von zwei Wochen nach dem Wegfall der Stadt anzuzeigen.

§ 7 Beginn und Ende der Steuerpflicht

(1) Die Steuerpflicht beginnt mit dem Ersten des Monats, in dem der Hund aufgenommen worden ist, bei Hunden, die der Halterin oder dem Halter durch Geburt von einer ihm gehaltenen Hündin zuwachsen, jedoch erst mit dem Ersten des Monats, in dem der Hund drei Monate alt geworden ist. In den Fällen des § 1 Abs. 3 Satz 2 beginnt die Steuerpflicht mit dem Ersten des Monats, in dem der Zeitraum von zwei Monaten überschritten worden ist.

(2) Die Steuerpflicht endet mit dem Ablauf des Monats, in dem der Hund veräußert oder sonst abgeschafft wird, abhandenkommt oder eingeht.

(3) Bei Zuzug einer Hundehalterin oder eines Hundehalters aus einer anderen Gemeinde beginnt die Steuerpflicht mit dem Ersten des auf den Zuzug folgenden Monats. Bei Wegzug eines Hundehalters aus der Stadt endet die Steuerpflicht mit Ablauf des Monats, in dem der Wegzug fällt.

(4) Bei Erwerb eines Hundes, der bereits nachweislich in einer anderen Gemeinde versteuert wird, beginnt die Steuerpflicht mit dem Ersten des auf den Erwerb folgenden Monats.

§ 8

Festsetzung und Fälligkeit der Steuer

- (1) Die Steuer wird für ein Kalenderjahr oder - wenn die Steuerpflicht erst während des Kalenderjahres beginnt - für den Rest des Kalenderjahres festgesetzt.
- (2) Die Steuer wird erstmalig einen Monat nach dem Zugehen des Festsetzungsbescheides für die zurückliegende Zeit und sodann vierteljährlich am 15.02., 15.05., 15.08. und 15.11. mit einem Viertel des Jahresbetrages fällig. Sie kann für das ganze Jahr im Voraus entrichtet werden. Bis zum Zugehen eines neuen Festsetzungsbescheides ist die Steuer über das Kalenderjahr hinaus zu den gleichen Fälligkeitsterminen weiter zu entrichten. Endet die Steuerpflicht während des Vierteljahres, so ist die anteilig zu viel gezahlte Steuer zu erstatten.

§ 9

Sicherung und Überwachung der Steuer

- (1) Die Hundehalterin oder der Hundehalter ist verpflichtet, einen Hund innerhalb von zwei Wochen nach der Aufnahme im Haushalt oder - wenn der Hund ihm durch Geburt von einer ihm gehaltenen Hündin zugewachsen ist - innerhalb von zwei Wochen, nachdem der Hund drei Monate alt geworden ist, bei der Stadt anzumelden. In den Fällen des § 1 Abs. 3 Satz 2 muss die Anmeldung innerhalb von zwei Monaten nach dem Tage, an dem der Zeitraum von zwei Monaten überschritten worden ist und in den Fällen des § 7 Abs. 3 Satz 1 innerhalb der ersten zwei Wochen des auf den Zuzug folgenden Monats und in den Fällen des § 7 Abs. 4 innerhalb der ersten zwei Wochen des auf den Erwerb folgenden Monats erfolgen.
- (2) Die Hundehalterin oder der Hundehalter hat den Hund innerhalb von zwei Wochen, nachdem er ihn veräußert oder sonst abgeschafft hat, nachdem der Hund abhandengekommen oder eingegangen ist oder nachdem der Halter aus der Stadt weggezogen ist, bei der Stadt unter Vorlage entsprechender Nachweise abzumelden. Bei verspäteter Abmeldung gilt der Tag des Eingangs der Abmeldung als Abmeldedatum. Mit der Abmeldung des Hundes ist die noch vorhandene Hundersteuermarke an die Stadt zurückzugeben. Im Falle der Abgabe des Hundes an eine andere Person sind bei der Abmeldung der Name und die Anschrift dieser Person anzugeben.
- (3) entfällt
- (4) Die Hundehalterin oder der Hundehalter und alle in seinem Haushalt lebenden Personen sind verpflichtet, den Beauftragten der Stadt auf Nachfrage über die im Haushalt gehaltenen Hunde und deren Halter wahrheitsgemäß Auskunft zu erteilen.
- (5) Bei Durchführung von Hundebestandsaufnahmen sind die Hundehalterin oder der Hundehalter und alle in seinem Haushalt lebenden Personen zur Auskunft über die Hundehaltung an von der Stadt beauftragte Personen verpflichtet. Dies gilt auch für das wahrheitsgemäße Ausfüllen der vom Amt für kommunale Finanzen übersandten Nachweise innerhalb der vorgeschriebenen Frist. Durch das Ausfüllen der Nachweise wird die Verpflichtung zur An- und Abmeldung nach den Absätzen 1 und 2 nicht berührt.

§ 10
Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig im Sinne des § 20 Abs. 2 b des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) vom 21. Oktober 1969 (GV NW S. 172), in der zur Zeit gültigen Fassung, handelt, wer vorsätzlich oder leichtfertig

1. als Hundehalterin oder Hundehalter entgegen § 6 Abs. 4 den Wegfall der Voraussetzungen für eine Steuervergünstigung gem. § 4 oder § 5 nicht rechtzeitig anzeigt,
2. als Hundehalterin oder Hundehalter entgegen § 9 Abs. 1 einen Hund nicht oder nicht rechtzeitig anmeldet,
3. als Hundehalterin oder Hundehalter entgegen § 9 Abs. 2 einen Hund nicht oder nicht rechtzeitig abmeldet,
4. entfällt
5. entgegen § 9 Abs. 4 und § 9 Abs. 5 nicht wahrheitsgemäß Auskunft erteilt.

§ 11
Inkrafttreten

Diese Hundesteuersatzung tritt ab dem 01.01.2014 in Kraft.